

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



September/ Oktober 2021 - Nr. 09/10

Aktuell – informativ – kritisch



1921: Burgenland zu Österreich

**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**Vor 100 Jahren:-
Burgenland 1921**

Seite 2-3

**Brennpunkte der
Weltpolitik: Afgha-
nistan**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 11



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarther

Liebe Kameraden!

Ende August fand eine Präsidiumssitzung in Filzmoos statt, bei der Kamerad Christian Salchegger nach langjähriger Tätigkeit als Beisitzer im Landespräsidium aus diesem verabschiedet wurde. Kamerad Salchegger wird bei der Jahreshauptversammlung der Kameradschaft Filzmoos am 14. November 2021 die Geschäftsführung seiner Kameradschaft in jüngere Hände legen und daher seine Tätigkeit im Landespräsidium beenden. Ich danke Kamerad Salchegger für seine stets aufrichtige, ehrliche und verlässliche Mitarbeit. Er war und bleibt eine Stütze der Kameradschaft. In diesen Dank möchte ich seine liebe Frau Johanna, die vieles bescheiden im Hintergrund bewirkt hat, ausdrücklich einschließen. Kamerad Salchegger hat bei der Verabschiedung gesagt, dass Kameradschaft für ihn der wichtigste Verein ist, bei dem er je Mitglied war. Eine sehr schöne und wichtige Klarstellung, wie ich meine! Bei dieser Präsidiumssitzung ging es auch um die anstehende Herbstarbeit und darum, die Weichen für den Landesdelegiertentag am 14. Mai 2022 in Rauris zu stellen. Ute Huber hat den Salzburger Kameradschaftsbund über lange Jahre nach Kräften unterstützt und mehrere Großveranstaltungen vorbildlich organisiert. Das Präsidium hat sich

daher entschlossen, ein Organisationsreferat zu schaffen und Ute Huber in diese Funktion zu berufen. Das wird formal und inhaltlich dem Landesdelegiertentag zum Beschluss vorgelegt werden. Ich habe bereits beim Delegiertentag 2018 in Adnet angekündigt, die Funktion des Präsidenten nur noch bis 2022 ausüben zu wollen. Wir haben diese Frage bei der besagten Präsidiumssitzung lange diskutiert. Es gibt im Präsidium sehr wohl Persönlichkeiten, die für diese Funktion perfekt passen würden. Ganz konkret habe ich dabei an Kamerad Bernd Huber gedacht, der seit fast 12 Jahren unsere Landeszeitung gestaltet und fast 20 Jahre Landesschriftführer ist. Dieser steht aber seiner Kameradschaft Siedenheim im Wort, die in Kürze ein rundes Jubiläum zu feiern hat, auf das sich Kamerad Huber mit ganzer Kraft konzentrieren möchte. Er wird aber in Zukunft zur Verfügung stehen! Nach dieser langen Diskussion, bei der auch die sehr harmonische Zusammensetzung des Präsidiums und die reibungslose Zusammenarbeit betont wurden, habe ich mich noch einmal bereit erklärt, für die Funktion des Landespräsidenten zu kandidieren. Ich tue dies aus Pflichtbewusstsein gegenüber dem Salzburger Kameradschaftsbund, im Wissen, dass mich meine Kameraden im Präsidium nach Kräften unterstützen und im Vertrauen auf die Zusage zur Übernahme der Leitungsverantwortung für die übernächste Funktionsperiode. Darüber wird der Landesdelegiertentag befinden und entscheiden.

Wir werden also weiterhin gemeinsam an einem Strang ziehen und hoffen auf eure Zustimmung und eure Mitarbeit.

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarther
Präsident

Vor 100 Jahren:

Als Reaktion auf die zunehmenden Magyarisierungsbestrebungen im Königreich Ungarn an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert entstanden Bestrebungen, die mehrheitlich deutschsprachigen Gebiete der ungarischen Komitate Pressburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg (das so genannte „Vierburgenland“) aus dem Staatsgebiet Ungarns herauszulösen. Diese Bestrebungen nahmen mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie in der „Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutsch-Österreich“ vom 12. November 1918 greifbare Gestalt an. Allerdings erwies sich ein Anschluss der Gebiete um Pressburg, das bereits von tschechoslowakischen Verbänden besetzt war, an Deutsch-Österreich bald als unrealistisch.

In Ungarn hatte Mihály Károlyi mit seiner Unabhängigkeitspartei, der Demokratischen Partei, den Sozialdemokraten und den Bürgerlichradikalen am 25. Oktober 1918 den ungarischen Nationalrat gebildet. Da sich auch Teile des Militärs diesem Nationalrat anschlossen, sah sich König Karl IV. gezwungen, Károlyi zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Am 16. November 1918 rief die Regierung Károlyi die Republik Ungarn aus. Károlyi wurde vom Nationalrat am 11. Januar 1919 zum Präsidenten der Republik gewählt und bildete eine sozialistisch-bürgerliche Regierung. Ungarn sah sich in dieser Phase mit der Intervention von rumänischen, serbischen und tschechoslowakischen Verbänden konfrontiert, die weite Gebiete des Königreiches Ungarn unter ihre Kontrolle brachten. Am 20. März 1919 ordneten die Alliierten ultimativ den Rückzug der ungarischen Verbände auf die Demarkationslinien im Südosten an, womit im Ergebnis ungarisch besiedelte Gebiete von dessen Staatsverband abgetrennt

wurden. Die nun entstehenden Proteste führten zum Rücktritt der Regierung Károlyi und brachten die Räteregierung unter dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Bela Kun an die Macht, die sich auf Sozialdemokraten und Kommunisten abstützte.

Weißer und Roter Terror

Die Exekutivgewalt lag bei der Roten Garde. Zwar erhielten die drei westlichen Komitate als „Gau Deutsch-Westungarn“ die lange erstrebte Autonomie, doch führten Enteignungen, Inflation und Rationierungen von Lebensmitteln, verbunden mit autoritären Maßnahmen dieser Regierung, zunehmend zu einem Stimmungsumschwung, der in Deutsch-Westungarn die Anschlussstimmung an Österreich verstärkte. Dazu kamen die zunehmende politische Gewalt und die Kämpfe zwischen den Horthy-Verbänden und der Roten Garde.

Am 1. August 1919 brach die Räteregierung in Folge des Ungarisch-Rumänischen Krieges zusammen. Unter Reichsverweser Nikolaus Horthy von Nagybánya, von Februar 1918 an letzter Befehlshaber der k. u. k. Kriegsmarine, wurde Ungarn wieder Königreich. Im Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye vom 10. September 1919 wurden die westlichen Teile der Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg Österreich zugesprochen. Es war dies ein seltener Fall, in dem das von US-Präsident Woodrow Wilson proklamierte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ (zumindest Großteils) zur Anwendung kam.

Neues Bundesland „Burgenland“

Kurz vor der Unterzeichnung dieses Vertrages hatte Staatskanzler Dr. Karl Renner in Paris einen Empfang für die Vertreter der Anschlussbewegung gegeben. Als es darum

Das Burgenland kommt zu Österreich



Bundesheer bei Kirchschlag

ging, wie dieses Gebiet künftig zu benennen sei, soll in einem Zwischenruf der Name „Burgenland“ gefallen sein. Staatskanzler Renner soll darauf entgegnet haben: „Na gut, dann nennen wir das Land eben Burgenland“. Die Urheberschaft dieses Zwischenrufes nahm später Dr. Gregor Meidlinger, ein Gründungsmitglied des „Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“ im Jahr 1907, für sich in Anspruch.

Doch noch war es nicht so weit. Ungarn, unterzeichnete am 4. Juni 1920 den Friedensvertrag von Trianon, weigerte sich aber, die Gebietsabtretungen umzusetzen. Trotzdem erklärte Österreich das Burgenland mit Oktober 1920 zum selbständigen Bundesland. Mit Bundesverfassungsgesetz vom 25. Jänner 1921 wurde dies gesetzlich verankert. In Paragraph 1 dieses Gesetzes wurde Ödenburg zur Landeshauptstadt des Burgenlandes erklärt.

Dem Landesverwalter wurde die Verwaltungsstelle für das Burgenland mit zwölf Mitgliedern und sechs Ersatzmitgliedern zur Seite gestellt, die sich am 15. März 1921 im Bundesministerium für Inneres in Wien konstituierte. Mit der friedlichen Übergabe des Gebietes an Österreich und dessen Grenzziehung war eine Interalliierte Generalkommission betraut. Eine

bereits ins Auge gefasste Beteiligung von Einheiten des Bundesheeres an der Landnahme scheiterte zunächst am Widerspruch der Interalliierten Generalkommission in Ödenburg. Nur Gendarmerie und Grenztruppe wurde der Grenzübertretung erlaubt. Die Übergabe des Burgenlandes wurde für 28. August 1921 festgesetzt. Rund 2.000 Mann Gendarmerie und Zollwache, die in 11 Marschkolonnen aufgeteilt waren, sollten bis zum 29. August die in Trianon festgesetzte Grenzlinie erreichen.

Zollwache und Gendarmerie scheitern

Während die Inbesitznahme im nördlichen Burgenland weitgehend reibungslos verlief, stießen die österreichischen Kräfte im südlichen Burgenland auf den Widerstand von ungarischen Freischärlern. Die Kampfhandlungen führten zum Scheitern des Ansatzes und zum Rückzug der eingesetzten Verbände.

Während Gendarmerie und Zollwache auf die Ausgangslinie zurückgezogen werden mussten, wurden zur Stabilisierung der Situation bis Mitte September in Summe 17 Bataillone des Bundesheeres, die unter dem Befehl von Oberst-Brigadier Rudolf Vidossich mit Gefechtsstand in der Burg von Wiener Neustadt standen, an die Grenze der Steiermark und von

Niederösterreich verlegt. Dazu kamen noch Pioniere, Artillerie und Kavallerie. Diesen standen Freischärler, die von der ungarischen Armee unterstützt wurden, in der Stärke von rund 16.000 Mann gegenüber. Als am 5. September 1921 ungarische Freischärler bis Kirchschlag in Niederösterreich vorstießen, kam es zum Gefecht mit dem II. Bataillon des Infanterieregimentes 5, welches den Vorstoß unter einem Verlust von zehn Gefallenen und 15 Verwundeten blutig abweisen konnte.

Die Verluste der Ungarn betrugen neun Gefallene und eine unbekannte Anzahl an Verwundeten. Die Kräfte von Zollwache und Gendarmerie reichten für die Inbesitznahme des Burgenlandes definitiv nicht aus. Am 23. September richtete die Botschafterkonferenz in Paris ein Ultimatum an Ungarn und verlangte eine Räumung des Burgenlandes bis zum 4. Oktober 1921. Abgesehen davon, dass das ungarische Militär aus der Zone A des Burgenlandes zurückgezogen wurde, führte das Ultimatum zu keinem Erfolg.

Venediger Protokoll und Volksabstimmung in Ödenburg

Die ungarische Regierung legte vielmehr dar, dass sie auf die Freischärler keinen Einfluss habe. Am 4. Oktober wurde durch diese in Oberwart sogar der unabhängige Staat „Leitha Banat“ ausgerufen. Den Durchbruch brachte schließlich das „Venediger Protokoll“, das von Bundeskanzler Johann Schober, Graf Bethlen und Graf Nikolaus Banffy für Ungarn und den italienischen Außenminister Marchese della Torretta am 13. Oktober unterzeichnet wurde. Ungarn verpflichtete sich innerhalb von drei Wochen seine bewaffneten Kräfte abziehen, dafür sollte eine Volksabstimmung im Gebiet von Ödenburg (14. Dezember) und acht benachbarten Gemeinden (16. Dezember) erfolgen. Damit

wurden Ödenburg und die acht Gemeinden, wo die Volksabstimmung unter fragwürdigen Umständen zu Gunsten Ungarns ausging, geopfert, um das restliche Burgenland für Österreich zu gewinnen. Nach der in Venedig erzielten Einigung konnten Verbände des Bundesheeres vom 13. bis 17. November 1921 das nördliche Burgenland und vom 25. bis 30. November den mittleren und südlichen Landesteil in Besitz nehmen.

Abgesehen von einzelnen Schießereien gab es dabei keinen Widerstand mehr. Allerdings war Ödenburg als Hauptstadt des neuen Bundeslandes verloren. Diesen Status erhielt im Jahr 1925 Eisenstadt.



Ungarisches Plakat zur Volksabstimmung



Werbeplakat des Ödenburger Heimatdienstes zur Volksabstimmung

Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

30 bis 90 Tage sollte es den afghanischen Regierungstruppen möglich sein, die Hauptstadt Kabul und deren Umgebung zu halten, um so einen geordneten Abzug von Unterstützern der Regierung zu ermöglichen. Soweit die Prognose der US-Geheimdienste. Welchen Wahrheitsgehalt diese Prognose hatte, wissen wir nun. Nur wenige Tage benötigten die

Taliban um ganz Afghanistan in Besitz zu nehmen. Die schrecklichen Bilder vom Flughafen von Kabul werden die Weltöffentlichkeit noch eine ganze Zeit lang verfolgen. Sie zeigen das Scheitern der „Verteidigung am Hindukusch“ auf.

Wohl nicht die einzige Fehleinschätzung, die Afghanistan betroffen hat. Auch sonst lässt sich die Liste von Fehleinschätzungen beliebig verlängern. Ich erinnere mich sehr gut an die Sitzungen der Bundesheerreformkommission 2004. Damals gingen fast alle namhaften Sicherheitsexperten davon aus, dass das Entstehen von neuen Bedrohungen eine Vorlaufzeit von mindestens zehn Jahren benötigen würde.

Diese Vorlaufzeit würde beim Erkennen neuer Bedrohungen genügen, um das Bundesheer auf diese auszurichten und auszurüsten. Daher wurde ausreichend Spielraum erblickt, zahlreiche Verbände aufzulö-

sen, Waffen und Geräte auszuscheiden, die Miliz nahezu zu eliminieren und noch vieles mehr. Wie es dann tatsächlich um diese „zehnjährige Vorlaufzeit“ bestellt war, durften wir beim Ausbruch der Unruhen und Rebellionen im „Arabischen Frühling“ 2011 oder bei der Migrationskrise des Jahres 2015/16 in der Praxis erfahren. Kein Mensch, am wenigsten die „Sicherheitsexperten“, die 2004 nicht genug an Friedensdividende einstreichen konnten, hatte das vorhergesehen.

Österreich und Europa wurden von den Entwicklungen völlig überrascht und mussten die Ereignisse Großteils als hilflose Zuschauer geschehen lassen. Ebenso wenig wurde die Wiederaufrüstung Russlands und dessen zunehmend aggressiveres Vorgehen (Viertagekrieg in Georgien, Annexion der Krim 2014 und Intervention in der Ostukraine) erkannt. Von China ganz zu schweigen! Ergebnis: Nichts als eine „besorgte“

Kenntnisnahme der Ereignisse. Es hat schon einmal ein römischer Militärphilosoph völlig richtig festgestellt: „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.“ Ich weiß schon, dass diese Feststellung wenig sympathisch wirkt, manche ernüchtern mag. Sie ist aber richtig. Wenn wir unsere Heimat lieben und diese in Sicherheit bewohnen wollen und dies auch für unsere Kinder und Enkel so wollen, dann wird es uns nicht erspart bleiben, mehr in unsere Sicherheit zu investieren. Wir sollten uns daher davor hüten, den Schalmeientönen eines ewigen Friedens zu erliegen. Das ist nicht realistisch! Wie gerade die Ereignisse in Afghanistan zeigen, steuern wir immer mehr in rauere See. Kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken. Aber vorbereiten müssen wir uns darauf!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Hilfskräfte – „Vielleicht sind wir ja blind“

Die Bilder, die vom Flughafen Kabul um die Welt gingen, zeigen die militärische Niederlage des Westens in Afghanistan. Diese Niederlage ist eine Folge der Überdehnung des Hegemons USA und von idealistisch-naiven Fehleinschätzungen. Darauf macht auch der Leserbrief von Dr. Thomas Sarholz, Oberst a.D., in der FAZ vom 26.8.2021 aufmerksam: „Auch ich gehöre zu den Soldaten der Bundeswehr, die in Afghanistan eingesetzt waren. 2005/2006 war ich, Dienstgrad Oberst, im 9. und beginnenden 10. Deutschen Einsatzkontingent Kommandant von Camp Warehouse in Kabul, des damals größten internationalen Camps mit ungefähr 2400 Soldaten aus mehr als 20 Nationen. Was die Ortskräfte angeht, so habe ich einen anderen Zugang als der, der üblicherweise in den Medien verbreitet

wird. Als Kommandant von Camp Warehouse hatte ich einige Ortskräfte. Diese (...) kannten haargenau die Situation in der sie umgebenden Gesellschaft. Selbstlosigkeit war das Letzte, was diese Leute angetrieben hat, um für uns zu arbeiten. Diese romantisch-idealisierenden Vorstellungen sind dort unbekannt (...). Das Leben ist viel zu hart, um sich mit derartigem Wohlstandsgefasel zu beschäftigen.

Unsere Ortskräfte wurden für afghanische Verhältnisse fürstlich entlohnt, gut behandelt und nahmen wie selbstverständlich an unserer ausgezeichneten Mittagsverpflegung teil. Von den Soldaten des deutschen Kontingents wurden sie (...) mit Kleidung, Schuhen und so weiter beschenkt. Ich habe Dutzende sogenannte Mitnahmebescheinigungen unterschrieben, damit ihnen diese Geschenke bei der Kontrolle an der Wache nicht

abgenommen wurden. Es hat sich also gelohnt, für uns zu arbeiten. Dies war selbstverständlich auch ihrer Umgebung bekannt. Gehörten sie starken Familien, Stämmen, Clans an, haben auch diese davon profitiert und schützten diese Leute. (...) Ein Afghane definiert sich ausschließlich über seine Familien- bzw. Stammeszugehörigkeit; Individualismus ist unbekannt. Gehörten sie zu schwächeren Gruppen, waren Schutzgeldzahlungen fällig, um nicht umgebracht zu werden.

Darüber hinaus waren Informationen zu liefern. Die Taliban oder ähnliche Gruppierungen waren somit bis ins Detail über unsere Zahl, Ausrüstung, gegebenenfalls sogar über unsere Absichten informiert. Meine beiden deutschen Soldaten, die mich bei der Führung des Camps unterstützt haben,

waren entsprechend instruiert und zur Informationsweitergabe ermächtigt. Dass gerade diese Ortskräfte jetzt sämtlich zu uns kommen wollen, überrascht mich nicht; hatten sie doch einen recht genauen Einblick über unseren Lebensstandard erlangt. Innerlich verachten uns diese Menschen, was sie (...) natürlich nie zugeben werden. Sie wollen ja etwas erreichen: den Wohlstandsmagneten Deutschland. Ich will nicht verkennen, dass es Ausnahmen geben mag. Nur: mir sind sie nicht begegnet. Aber vielleicht war und bin ich ja blind. Mit Letzterem befinde ich mich, wenn ich mir die Berichterstattung über den Zusammenbruch der durch die westlichen Staaten geförderten politischen Ordnung in Afghanistan betrachte, jedoch in bester Gesellschaft.“





Bgdr i.R. Manfred Gänsdorfer

Manchem Leser wird dieser Gassenhauer aus den 70er Jahren noch in Erinnerung sein. Vielleicht war es auch ein solches, wenn aus einem Wahlversprechen selbiger Jahre aus „Sechs Monate sind genug“ und einem sorgenvollen Anstoß des Großteils österreichischer Offiziere in Form eines offenen Briefes der Grundwehrdienst auf „Sechs plus Zwei“ festgelegt wurde. „Wunder gibt es immer wieder, wenn sie dir begegnen, musst du sie auch sehen“ heißt es im Refrain des Gassenhauers. In den 80er Jahren wurde das Wunder sichtbar und schließlich als Milizsystem – freilich mit entsprechender und jahrelanger Überzeugungsarbeit – von allen im Parlament vertretenen Parteien einstimmig in der Bundesverfassung verankert. Bis heute gilt es, leider nur auf dem Papier. Auch wenn politische Positionseliten nicht müde werden, den hohen Stellenwert unserer Bundesverfassung zu betonen.

Die „bundesheerliche“ Wirklichkeit“ sieht nämlich anders aus. Wenn der Verfassungsgesetzgeber in den parlamentarischen Erläuterungen auf sieben Seiten erklärt hat, was er unter einem Milizsystem österreichischer Prägung versteht, ist unser Heer nahezu gegenteilig organisiert. Offenkundig wird dies in zahlreichen Aussendungen des BMLV, Pressekonferenzen und Festreden. Zuletzt wieder einmal anlässlich des Miliztages am 2. Oktober 2021 in Güssing. Dort wurde gar behauptet, dass „die Miliz“

Das Wunder von Güssing

Wunder gibt es immer wieder ...

aus 32.000 Soldaten bestünde. So als handle es sich dabei nicht um ein Organisationsprinzip, wie es der Gesetzgeber klar beschrieben hat, sondern neben dem Heer, den „Luftstreitkräften“ und einer ohnedies nicht vorhandenen Marine um eine weitere Teilstreitkraft. Vielleicht gar nach dem französischen Muster als militärisch organisierte Gendarmerie nationale, für die sowohl das Verteidigungs- als auch das Innenministerium zuständig sind.

Zur Erinnerung:

Im März 2020 wird in einer 6seitigen Beilage der Tageszeitung Kurier (Hsg. Kuratorium Sicheres Österreich) von der Teilmobilmachung der „Miliz“ von 27.000 Milizsoldaten berichtet, wobei sich im Interview der Milizbeauftragte und gleichzeitig Vorsitzender des Herausgeber-Kuratoriums bemüht, die zunächst aufzubietenden

3.000 Soldaten als 10 Prozent der Miliz zu beziffern. Also 30.000, die obendrein periodisch üben. Tatsächlich wurden es dann etwas mehr als 1.500.

Am 9. Juli 2020 – also nicht einmal 4 Monate danach bedankt sich der oberste Milizberater im Rahmen einer Bilanzpressekonferenz zur Teilmobilmachung für das großartige Engagement Klaudia Tanners, beim Finanzminister eine Sonderfinanzierung von 200 Mio Euro durchgesetzt zu haben. Damit – auf drei Jahre aufgeteilt – soll die Ausstattung weiterer 3 bis 4 „Milizbataillone“ ermöglicht werden. Wir hätten dann in zwei Jahren bei Realisierung der Ankündigung in drei Jahren quasi 7 dieser kleinen Verbände. Insgesamt 5.000 leicht bewaffnete Soldaten. Wann üben die? Wo versteckt sich die Differenz auf 27.000?

Das Wunder von Güssing?

Es muss wohl ein solches gewesen sein, wenn in nicht einmal eineinhalb Jahren die „Miliz“ vermutlich dynamisch auf einen Personenstand von 32.000 gewachsen ist. Insider wissen, wie es um die militärische Wirklichkeit bestellt ist. Und die wird erst zur Wahrheit, wenn die subjektiv empfundene Wirklichkeit mit der Realität übereinstimmt. Alles andere ist aus meiner Sicht Chimäre, die allerdings wenig unterhaltsam ist. Denn zu sehen ist diese freilich nicht.

Wir stecken über und über in dramatischen Reformen, hören aber fast nie die Lösung.

Alexander Moszkowski (1851 - 1934)

„Bilanzpressekonferenz“ zum selbstauserufenen Prüfstein



(Wien, 09 07 2020) Martialisch aufbereitet mag sie ja gewesen sein – die Pressekonferenz. Im Hintergrund neue Militärfahrzeuge und Soldaten im neuen Kampfanzug und modern bewaffnet. Davor die Kommunikatoren: Eine vom Blatt lesende Ministerin und ein zu ihrer Lobpreisung angetretener Bankdirektor in der Rolle eines „Generalmajors mit Schräglage“. Während der Rede des Letztgenannten kippte der Träger des neuen Scharfschützengewehrs plötzlich um (Anm.: in sozialen Netzwerken als Video nachvollziehbar). Ob es der Einfluss der Sonneneinstrahlung war oder ob der umgekippte Soldat genau zugehört hatte, ist bislang nicht geklärt. (mg)



Brennpunkte der Weltpolitik: „Great Game“ um Afghanistan



Evakuierung aus Kabul an Bord einer C-17.

Mit dem Begriff „Great Game“ wurde ab dem beginnenden 19. Jahrhundert der Kampf des Zarenreiches und des Britischen Empire um die Einflussphären in Zentralasien umschrieben. Im Zuge dieser Auseinandersetzung intervenierte das Empire drei Mal erfolglos in Afghanistan. Die später vom britischen Geographen Mackinder formulierte geopolitische Annahme war („Heartland-Theorie“), dass die Beherrschung Eurasiens als Kernland den Schlüssel zur Welt-herrschaft darstellen würde.

Nach seiner Theorie müsse Großbritannien als führende Seemacht mit dem Aufkommen einer gefährlichen expansionistischen Macht auf dem Kontinent rechnen, insbesondere mit Russland, der entgegenzutreten sei. Der US-amerikanische Geostrategie Spykman folgte dieser Denkschule, modifizierte sie jedoch durch die Betonung der Kontrolle des „Rimlands“, welches sich ringförmig um das eurasische Herzland lagert. Ersteres müssten die Seemächte beherrschen. Seine These: „Wer Rimland kontrolliert, beherrscht Eurasien. Wer Eurasien beherrscht, bestimmt das Schick-

sal der Welt.“ Die USA müssten folglich eine anhaltende Kontrolle der „Weltinsel“ vom nordasiatischen Herzland aus verhindern, wollten sie als Seemacht ihre Sicherheit und Unabhängigkeit garantieren. Diese Überlegungen beeinflussten auch die Ideen Henry Kissingers und Zbigniew Brzezinski.

Schachbrett Eurasien

In seinem Buch (1997) „Die einzige Weltmacht“ (Original: „The Grand Chessboard“) definiert Brzezinski Eurasien als „das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“ „Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Welt gebieten.“ Außerdem seien „Amerikas potentielle Herausforderer (...) ausnahmslos eurasische Staaten.“ Es gelte daher, „die Gefahr eines plötzlichen Aufstiegs einer neuen Macht erfolgreich“ hinauszuschieben und das Ziel zu verfolgen, „die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren“. Das „Emporkom-

men eines Rivalen um die Macht (sei zu) vereiteln.“ Damit bot Brzezinski einen schonungslos offenen Einblick in die Motivation des Handelns der USA. Dieser Motivation folgend, hatte US-Präsident George Bush sen. nach Beendigung des II. Golfkrieges 1991 die „Neue Weltordnung“ verkündet. Diese sollte durch Umsetzung der Greater-Middle-East-Strategie unter George W. Bush jun. unter dem Einfluss der Neokonservativen Dick Cheney, Paul Wolfowitz und Donald Rumsfeld die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens, vom Kaukasus bis Nordafrika und vom indischen Subkontinent bis zum Hindukusch, neu ordnen und unter den Einfluss bzw. die Kontrolle der Vereinigten Staaten bringen.

Geostrategisch schien dies die Garantie zu bieten, Russland und China wirkungsvoll einzuhegen. Die Anschläge des 11. September 2001 lösten die Schockwellen aus, die eine Umsetzung dieser Pläne möglich scheinen ließen. Bereits am 7. Oktober 2001 begannen US-Kampffjets mit ihren Bombardements in Afghanistan, die NATO hatte erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall ausgerufen. Militärisch gelang es in kurzer Zeit Al Quaida so weit zu zerschlagen, dass diese nicht mehr in der Lage war, Großanschläge in Europa oder den USA durchzuführen.

Unrealistische Ziele

Die politischen Ziele waren jedoch eindeutig zu hoch angesetzt: Afghanistan sollte ein Staat mit annähernd demokratischen Strukturen werden, in dem Menschenrechte akzeptiert würden. Außer Acht gelassen wurde die traditionelle Stammesorganisation Afghanistans, die ethnische Situation (die Taliban sind eine Stammesmiliz der paschtunischen Mehrheitsbevölkerung), der Einfluss der

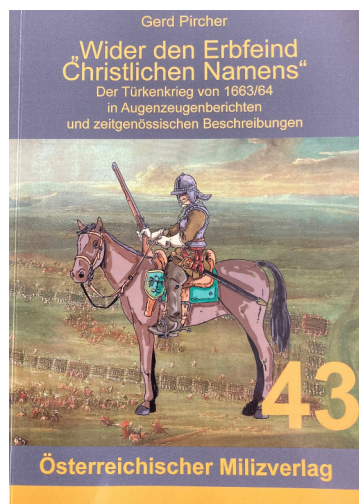
Religion und das destruktive Spiel Pakistans.

Ausreichend Soldaten standen, obwohl eine Woche Einsatz rund 1,5 Milliarden Dollar kostete, nie zur Verfügung, erst recht nicht, als die USA 2003 ihr Schwergewicht in den Irak verlagerten, um dort den III. Golfkrieg gegen Saddam Hussein zu führen. Der Krieg in Afghanistan, dem Hunderttausende zum Opfer fielen, sollte sich hinziehen, bis Präsident Donald Trump, in Erkenntnis der Kriegsmüdigkeit in den USA, begann, Geheimverhandlungen mit den Taliban in Katar zu führen.

Das erzielte Abkommen führte direkt zur Machtergreifung der Taliban und zu den beschämenden Bildern des Zusammenbruchs am Flughafen von Kabul, die sinnbildhaft für die Niederlage stehen. Analyst Herfried Münkler ortet im Machtwechsel in Afghanistan eine „welthistorische Zäsur“. Die Welt kehre zurück in eine Konstellation der Konkurrenz von großen Mächten, wie sie auch für Europa vom 17. bis zum 20. Jahrhundert prägend gewesen sei. USA, China, Russland, Indien und Europa (wenn es denn willens sei) würden mit ihren Einflussgebieten miteinander konkurrieren.

Der Altmeister der Außenpolitik Henry Kissinger sagte: „Mit trügerischen Kalkülen angesichts wechselnder Machtkonstellationen stürzen sich Staaten ins Abenteuer. Andererseits führen moralische Imperative tendenziell zu Kreuzzügen oder zu einer Politik der Ohnmacht, die skrupellose Handlungen von Widersachern provoziert. Beide Extreme bergen das Risiko, den Erhalt der internationalen Ordnung zu gefährden.“ Bleibt abzuwarten, wer das neue „Great Game“ eröffnet.

„Wider den Erbfeind Christlichen Namens.“ Der Türkenkrieg von 1663/64 in Augenzeugenberichten und zeitgenössischen Beschreibungen.



Gerd Pircher
„Wider den Erbfeind Christlichen Namens“. Der Türkenkrieg von 1663/64 in Augenzeugenberichten und zeitgenössischen Beschreibungen.

Format Din A 5, 272 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert
Preis: € 24.-

ISBN 978-3-901185-56-4

Österreichischer Milizverlag
Salzburg 2017

Der Türkenkrieg 1663/64, der für die kaiserliche Seite mit dem Sieg von St. Gotthard/Mogersdorf durch Raimund Graf Montecuccoli mit einem deutlichen militärischen Erfolg endete, entsprang aus mehreren Ursachen. Da waren zunächst die ständigen Kämpfe, Scharmützel und Plünderungen, die entlang der alten Militärgrenze zwar zum Alltag gehörten, ab dem Jahr 1661 aber deutlich an Intensität und Umfang zunahmen. Zweitens eskalierten die Thronwirren im Fürstentum Siebenbürgen und verwickelten sowohl Sultan als auch Kaiser in die Geschehnisse, die einen zusätzlichen Anlass zur Konfrontation lieferten. Obwohl der Kaiser noch 1663 hoffte, einen Frieden mit der Hohen Pforte erzielen zu können, war in Konstantinopel bereits die Entscheidung zum Krieg gefallen. Da die Kriegsvorbereitungen auf kaiserlicher Seite nur sehr schleppend anliefen, musste Montecuc-



Darstellung eines gefangenen Türken. Reiterdenkmal für Fürst Nikolaus Esterhazy, Burg Forchtenstein.

coli zunächst auf Defensive und hinhaltenden Kampf setzen. „Arme Soldateska, der man, wo es Gefahr giebt „Hosianna“ singt, wie aber diese vorüber ist, das „Kreuzigt sie“ anstimmt“, klagte Montecuccoli. Das Gefecht von Parkany 1663 mit schmerzlichen Verlusten für die kaiserliche Seite bildete den Auftakt für den glücklosen Verlauf des Feldzuges des Jahres 1663, in dem wichtige Festungen in Oberungarn verloren gingen. Allerdings hatte die zunehmende Türkengefahr auch im Reich die Bereitschaft erhöht, Hilfe zu leisten, so dass bis zum Jahresende vermehrt Kontingente der Reichsfürsten – letztlich stellte auch König Ludwig XIV. von Frankreich für den Rheinbund ein Kontingent – an der gefährdeten Ostgrenze eintrafen. Zu Jahresende 1663 konnte aus Sicht der Kaiserlichen zumindest eine gewisse Konsolidierung erzielt werden. Es macht den besonderen Reiz des vorliegenden Bandes aus, dass der Verfasser auf zahlreiche zeitgenössische Quellen zurückgreift und diesen – behutsam redigiert – einen größeren Raum widmet. Durch diese Quellen werden sowohl die einzelnen Waffengattungen, deren



Prunkschüssel mit der Darstellung der Schlacht von Vezekeny (Augsburg 1654); Kunstgewerbemuseum Budapest.



Erstürmung einer Festung durch die Osmanen. Sammlungen Burg Forchtenstein.

Ausbildung und Kampfweise dargestellt, als auch das Verhalten am Marsch bzw. der Kampf in und um Festungen. Durch diese Zeitzeugenberichte, in denen sich auch die osmanische Seite wiederfindet, gewinnt die Schilderung eine geradezu unheimliche Wucht, welche die Dramatik des Geschehens in Ungarn, die beidseitige brutale Kampfführung, die Leiden der Zivilbevölkerung und der eingesetzten Soldaten, plastisch vor Augen führt. Es

handelte sich nicht mehr bloß um einzelne Kampfhandlungen mit Gewinn oder Aufgabe von Terrain und Festungen. An mehreren Einzelereignissen wird an der Verbissenheit des Widerstandes der Kaiserlichen bereits deutlich, dass die Auseinandersetzung mit dem „Erbfeind der Christenheit“ einem entscheidenden Höhe- und Wendepunkt zustrebt, was sich schließlich in der Schlacht von St. Gotthard Mogersdorf 1664 und in der Entsatzschlacht von Wien 1683 zeigen sollte.



Bundesheer

Heer begrüßt Bundespräsident zur Eröffnung der Salzburger Festspiele



V.l.n.r.: Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Bundespräsident Alexander van der Bellen und die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová.

Zur Eröffnung der 100. Salzburger Festspiele wurde am 25. Juli 2021 Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Ankunft in Salzburg von einer Ehrenkompanie des Bundesheeres empfangen. Die Ehrenkompanie stellte das Radarbataillon aus der Schwarzenberg-Kaserne unter dem Kommando von Oberstleutnant Stefan S. Weiters war in der Ehrenformation die Militärmusik des Militärkommandos Salzburg, unter der Leitung von Offiziersstellvertreter Johann Schernthanner, vertreten. Nach der Begrüßung schritt Bundespräsident Alexan-

der Van der Bellen gemeinsam mit der slowakischen Präsidentin Zuzana Čaputová, Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Militärkommandant Brigadier Anton Waldner die Front der Ehrenkompanie ab. Viele Salzburger und Touristen verfolgten den Ablauf am Salzburger Residenzplatz. Dem Abschreiten der Ehrenformation folgte die Begrüßung der Repräsentanten von Land, Stadt und der Salzburger Exekutive. Im Anschluss wurden in der Felsenreitschule die Festspiele offiziell von Bundespräsident Alexander Van der Bellen eröffnet.

Neues Radar am Kolomansberg



Vorsichtig wird die Radarkuppel über das Radar gehoben

Das seit 2002 am Kolomansberg eingesetzte Radar hat seinen Dienst für Österreich erfolgreich geleistet. Es wird nun durch ein neues und zeitgemäßes Radar ersetzt. Der Übergang vom alten

zum neuen Radar ging problemlos von statten. Das alte Radar wurde abgeschaltet und die Aufgaben übernommen von modernen Radar übernommen. Eine Firma, die darauf spezialisiert

ist, Radarkuppeln (Radoms) auf- und abzubauen, wurde beauftragt, das Radom am Kolomansberg abzubauen. Die Teile des Radoms werden fachgerecht entsorgt. Die alte Radaranlage wird durch bundesheereigene Spezialisten abgebaut und der Herstellerfirma übergeben. Ein Radom, auch Radarkuppel, ist eine geschlossene Schutzhülle, die Antennen für Messungen (z.B. Radarantennen) oder für Datenübertragungen (z.B. Richtfunkantennen) vor äußeren mechanischen und chemischen Einflüssen wie Wind oder Regen schützt. Die ortsfesten Radarstationen bilden das Rückgrat der passiven Luftraumüberwachung. Sie werden

- mit Ausnahme von Wartungsereignissen - das ganze Jahr über durchgehend betrieben (24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche) und liefern die Grundlage für die Identifizierung und Klassifizierung sämtlicher Luftfahrzeuge im österreichischen Luftraum. Alle drei Stationen verfügen über ein Long-Range-Radarsystem, das in mehreren Staaten weltweit im Einsatz ist. Die Stationen weisen ein hohes Maß an Autarkie auf. Sie sind das ganze Jahr über erreichbar, wenngleich die exponierte Lage witterungsbedingt sehr unterschiedliche Transportmittel (z.B. Überschneefahrzeuge, geländegängige Fahrzeuge etc.) erfordert.

Salzburger Pioniere helfen im Pinzgau



Der gesamte Bahnhofsbereich mitsamt eines Zuges wurde von einer Mure verschüttet.

Nach starken Regenfällen und den davon ausgelösten Überflutungen und Murenabgängen wurde das Bundesheer in Salzburg um Hilfe gebeten. Das Pionierbataillon 2 in der Schwarzenberg-Kaserne formierte einen Assistenzzug und noch am selben Vormittag erkundeten Pionierfachkräfte in enger Zusammenarbeit mit den Behörden, der Polizei und der Feuerwehr die Schadensstellen in der Gemeinde Wald im Pinzgau. 47 Soldaten sind in Wald im Pinzgau im Einsatz.

Der Assistenzeinsatz umfasst das Beseitigen von Vermurungen im Bereich des Bahnhofs und entlang der Bahnstrecke. Wichtigste Aufgabe ist es, die öffentliche Verkehrsverbindung wieder herzustellen. Dabei werden die Soldaten von sechs schweren Pioniermaschinen

unterstützt. Die Aufgaben von Pionieren sind vielfältig und umfassen den Feldlagerbau, Katastrophen- und humanitäre Hilfe, die pioniertechnische Unterstützung von Kampftruppen durch den Bau von Behelfsbrücken, die Instandsetzung von Straßen und Wegen sowie die Räumung von Sperren und Hindernissen. Dazu verfügt das Pionierbataillon 2 unter anderem über gut ausgebildete Soldaten, schwere Pioniergeräte wie Bagger und Spezialausrüstung zum Lösen von Verklauungen.

Ihr militärisches Fachwissen bringen die Salzburger Pioniere bei Assistenzeinsätzen im Inland zur Bewältigung von Umweltkatastrophen ein. Das Bundesheer in Salzburg hält immer Pionierkräfte für etwaige Katastrophensituationen bereit.